

Vortrag an den Ministerrat

Bericht über die Tagung des Rates der Europäischen Union (Landwirtschaft/Fischerei) in Brüssel am 30. Jänner 2023

Am 30. Jänner 2023 wurde der Rat Landwirtschaft und Fischerei erstmals unter dem Vorsitz des schwedischen Ministers, Peter Kullgren in Brüssel abgehalten. Bundesminister Norbert Totschnig vertrat die österreichischen Interessen. Die Kommission wurde durch Kommissarin Stella Kyriakides (Gesundheit und Lebensmittelsicherheit) sowie Kommissar Janusz Wojciechowski (Landwirtschaft und ländliche Entwicklung) vertreten. Im Vordergrund standen die Prioritäten des schwedischen Ratsvorsitzes, die landwirtschaftliche Marktlage, insbesondere vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges in die Ukraine, sowie die Bioökonomie.

Am 1. Jänner des Jahres hatte Schweden die Ratspräsidentschaft und damit auch den Vorsitz im Rat Landwirtschaft und Fischerei übernommen. Im Rahmen der Ratstagung wurden daher die Prioritäten des schwedischen Vorsitzes vorgestellt. Im Lichte des fortdauernden Krieges in der Ukraine liegt der Fokus auf den allgemeinen Prioritäten, Sicherheit und Einigkeit, Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand, grüner Wandel und Energiewende sowie demokratischer Werte und Rechtsstaatlichkeit. Zum Thema Bioökonomie plane der Vorsitz Ratsschlussfolgerungen zu erarbeiten und diese im Rahmen des Rat Landwirtschaft und Fischerei im April anzunehmen. Der Sektor sei vor dem Hintergrund multipler Krisen wichtiger denn je und man müsse die Entwicklung des ländlichen Raums stärken. Der Vorsitz beabsichtige weiter, den Vorschlag über die Kennzeichnung von ökologischem bzw. biologischem Heimtierfutter mit dem Europäischen Parlament abzuschließen. Die Diskussionen zum Thema der Verordnung über die nachhaltige Nutzung von Pflanzenschutzmitteln (SUR) bezeichnete der Vorsitz als herausfordernd und erinnerte daran, dass der Rat die Kommission um die Erarbeitung einer erweiterten Folgenabschätzung ersucht habe. Der Vorsitz werde beim Rat Landwirtschaft und Fischerei im Juni die Präsentation eines Fortschrittsberichts vorsehen.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt bildete der Gedankenaustausch über die landwirtschaftliche Marktlage, insbesondere vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges in die Ukraine. Die EU Landwirtschaftsministerinnen und -minister gaben im Rahmen der Ratstagung Auskunft über die aktuelle landwirtschaftliche Marktlage in den Mitgliedstaaten. Darüber hinaus informierte die Kommission über die jüngsten Entwicklungen auf den Agrarmärkten. In Bezug auf die Auswirkungen des Krieges hob die Kommission die Bedeutung der Solidaritätskorridore hervor, die seit letztem Mai dazu beigetragen hätten, 24 Millionen Tonnen Getreide, hauptsächlich Weizen, Mais und Ölsaaten, zu exportieren. Die Kommission erinnerte außerdem an die Gewährung eines vorübergehenden zollfreien Zugangs von landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus der Ukraine in den EU-Binnenmarkt und, dass dieser bis Ende Juni verlängert worden sei. Die Kommission bestätigte, dass dies zu negativen Auswirkungen in den Anrainerstaaten, insbesondere für den Geflügelsektor und Getreidesektor, geführt habe. Der anstehende EU-Ukraine-Gipfel sei eine Gelegenheit, die Richtungen für die weitere Zusammenarbeit zu erörtern. Während sich in den letzten Monaten eine Stabilisierung der Märkte abgezeichnet hat, sind die Energie- und Betriebsmittelpreise nach wie vor hoch, was wiederum zu hohen Verbraucherpreisen führt. Die Ministerinnen und Minister führten einen Gedankenaustausch über mögliche Maßnahmen, um die Lage in der Ukraine kurz- und langfristig zu verbessern. Außerdem wurden Unterstützungsmaßnahmen für die am stärksten betroffenen Sektoren, einschließlich der möglichen Nutzung der Agrarreserve, diskutiert. Österreich hob, unter Verweis auf die hohen Unsicherheiten und starke Volatilität auf den Märkten, die Notwendigkeit der weiteren genauen Beobachtung der Märkte hervor.

Im Rahmen der Ratstagung erörterten die Ministerinnen und Minister außerdem die Möglichkeiten der Bioökonomie im Hinblick auf die Annahme von Ratschlussfolgerungen. Die Diskussion konzentrierte sich insbesondere auf die Vorteile der Bioökonomie für den ländlichen Raum und würdigte den Beitrag, den die Bioökonomie zur Bewältigung mehrerer der heutigen Herausforderungen leisten kann, darunter Klimawandel, Beschäftigung, Wettbewerbsfähigkeit, Energie und Resilienz. Die Ministerinnen und Minister waren sich einig, dass mehr getan werden könne, um das Potenzial der Bioökonomie voll auszuschöpfen, wie beispielsweise durch die Mobilisierung finanzieller Ressourcen für Innovation.

Unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ diskutierte die Ministerrunde anlässlich eines von Portugal und anderen Mitgliedstaaten eingebrachten Positionspapiers die Überarbeitung der Rechtsvorschriften über Tiertransporte und die Notwendigkeit eines höheren Tierschutzes im Binnenmarkt sowie bei Ausfuhren in Drittländer. Österreich

verwies dabei darauf, dass der Transport lebender Tiere sich viel zu oft negativ auf das Wohlergehen der Tiere auswirke. Es sollte ein gemeinsames Ziel sein, die Tiere bestmöglich beim Transport zu schützen. Das würde insbesondere auch den Export in Drittstaaten und den Transport mit Schiffen betreffen, daher müsse dieser entgegen der Intentionen mancher Mitgliedstaaten strenger reguliert und eingeschränkt werden. Im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine wurden die Ministerinnen und Minister darüber hinaus über Einkommensstützungsmaßnahmen für 2023, die Auswirkungen von Agrareinfuhren aus der Ukraine auf die EU-Märkte und die Notwendigkeit eines langfristigen strategischen Ansatzes für den Agrar- und Lebensmittelsektor zur Sicherstellung der Widerstandsfähigkeit und der globalen Wettbewerbsfähigkeit der EU informiert. Die Ministerinnen und Minister haben ferner Informationen über die landwirtschaftlichen Aspekte der Überarbeitung der Richtlinie über Industrieemissionen, die Richtlinie des Rates über Honig und die Konferenz der Landwirtschaftsministerinnen und -minister, die im Rahmen des Global Forum for Food and Agriculture 2023 stattgefunden hatte, erhalten.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

22. März 2023

Mag. Norbert Totschnig, MSc
Bundesminister